Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 1955

Nr. 13

ausgegeben am 5. September 1955

Gesetz

vom 2. Juni 1955

betreffend die Liechtensteinische Landesbank

Den nachfolgenden, aufgrund der Art. 2, 20 und 23 der Verfassung vom Landtage in seiner Sitzung vom 2. Juni 1955 gefassten Beschlüssen erteile Ich Meine Zustimmung:

I. Allgemeines

Art. 1

I. Name, Charakter und Aufgaben

1) Die "Liechtensteinische Landesbank" ist eine Anstalt des öffentlichen Rechtes mit unbeschränkter Staatsgarantie. Sie wird in diesem Gesetz kurz als "Landesbank" bezeichnet.

2) Die Landesbank hat zur Aufgabe:

- a) den Zahlungsdienst im Inland und mit dem Ausland zu erleichtern;
- b) den Landeseinwohnern Gelegenheit zu bieten, Ersparnisse und flüssige Kapitalien zinstragend und sicher anzulegen;
- c) der Landwirtschaft, dem Gewerbe, dem Handel und der Industrie die Befriedigung der Kreditbedürfnisse zu erleichtern;
- d) die verfügbaren Gelder der Landeskasse, der Landesfonde und der vom Lande verwalteten Stiftungen zu fruchttragender Anlage zu übernehmen.

Art. 2

II. Sitz, Filialen und Agenturen

- 1) Die Landesbank hat ihren Sitz und Gerichtsstand in Vaduz.
- 2) Sie kann nach Bedarf in den Gemeinden Filialen oder Agenturen errichten, deren Befugnisse durch Reglemente geordnet werden.

III. Leistungen des Landes

Art. 3

1. Dotationskapital

1) Die Landesbank wird vom Staate mit einem Dotationskapital ausgestattet. Es soll mit Einschluss der ausgewiesenen Reserven rund acht Prozent aller fremden Gelder ausmachen. Sinkt mit dem Anwachsen der Bilanzsumme das Dotationskapital um mehr als einen Prozent unter dieses Verhältnis, so hat die Landesbank der Regierung sofort Meldung zu erstatten, damit sie dem Landtag eine Erhöhung beantragen kann.

2) Der Zinsfuss für das Dotationskapital wird vom Landtage bestimmt. Er darf nicht höher angesetzt werden, als zur Deckung der Selbstkosten nötig ist.

Art. 4

2. Staatsgarantie

Das Land haftet für sämtliche Verbindlichkeiten der Landesbank, für deren Erfüllung ihre eigenen Mittel nicht ausreichen.

3. Vorrechte

Art. 5

a) Steuer- und Gebührenfreiheit

1) Die Landesbank ist von der Pflicht zur Entrichtung von Steuern und Abgaben befreit und darf auch von den Gemeinden nicht mit Zuschlägen belastet werden.

2) Sie ist befreit von der Entrichtung derjenigen Verkehrssteuern, welche nach Massgabe der Stempelgesetzgebung von ihr selbst zu ent-

richten wären; sie ist dagegen nicht befugt, die Befreiung auch für Verkehrssteuern in Anspruch zu nehmen, zu deren Entrichtung Drittpersonen gesetzlich verpflichtet sind.

3) Sie genießt für ihren gesamten Verkehr mit den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden in all denjenigen Fällen Gebührenfreiheit, in welchen die Gebühr zu ihren Lasten fiel.

Art. 6

b) Mündelsicherheit

1) In allen Fällen, in welchen das Gesetz mündelsichere Anlagen eines Vermögens oder von Teilen eines solchen vorschreibt, gilt die Anlage bei der Landesbank, in welcher Form es auch sei, als Erfüllung der gesetzlichen Pflicht.

2) Mündelvermögen, Vermögen von Personen, welchen ein Pfleger bestellt worden ist, sowie Vermögen der vom Lande oder von einer Gemeinde des Landes verwalteten Fonde und Stiftungen, sofern der Stifter nichts anderes verfügt, sollen, sofern sie weder in Grundpfandtiteln auf im Lande gelegenen Grundstücken, noch in Anleihenobligationen des Landes oder einer Gemeinde des Landes angelegt sind, bei der Landesbank oder in den von dieser ausgegebenen Wertpapieren angelegt werden.

Art. 7

c) Beweiskraft

Den Büchern der Landesbank, den mit ihrer Firma unterzeichneten Bücherausügen, sowie ihren für Eintragungen und Löschungen im Grundbuch oder in sonstigen öffentlichen Registern ausgefertigten Anträgen kommt die Beweiskraft öffentlicher Urkunden zu.

d) Privilegien bei Zwangsvollstreckung und Arrest

Art. 8

aa) Allgemeines

1) Der Landesbank steht für Betreibungen fälliger Forderungen an Kapital, Zinsen, Tilgungsbeiträgen und sonstigen Leistungen ein Zwangsvollstreckungsrecht gegen den Schuldner zu.

2) Kraft des Zwangsvollstreckungsrechtes ist die Landesbank befugt:

- a) die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen des Schuldners (Art. 9) und
- b) die gerichtliche Zwangsvollstreckung auf die von ihr belehnten Grundstücke (Art. 10) zu betreiben.

3) Die Wahl zwischen den beiden Arten der Zwangsvollstreckung ist in das Ermessen der Landesbank gestellt; das Vorgehen auf dem einen Wege hindert nicht die gleichzeitige Betreibung der andern Art der Zwangsvollstreckung. Bestreitet der Schuldner die Verbindlichkeit zur Entrichtung der geforderten Geldbeträge, so bleibt ihm überlassen, seine Rechte im Wege der Klage geltend zu machen.

Art. 9

bb) Zwangsvollstreckung in bewegliches Vermögen

1) Bei der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen des Schuldners hat die Landesbank zur Befriedigung ihrer eigenen Ansprüche ein unbedingtes Vorzugsrecht auf die in ihrem Besitze befindlichen Gelder, Wechsel, Wertpapiere und sonstigen Bestandteile des schuldnerischen Vermögens.

2) Die Landesbank hat das Recht, sich auch ohne gerichtliche Ermächtigung oder Mitwirkung und auch ausserhalb eines über das Vermögen des Schuldners verhängten Konkurses, aus den in Abs. 1 dieses Artikels bezeichneten Werten auf jede ihr geeignet erscheinende Art bezahlt zu machen. Sie kann, sofern sie diese Werte als Bestandteil des schuldnerischen Vermögens übernommen und sich bei der Übernahme in gutem Glauben befunden hat, durch keinen wie immer gearteten Anspruch eines Dritten gehemmt oder gehindert werden.

3) Die Beweislast dafür, dass die Landesbank sich nicht in gutem Glauben befunden hat, trifft denjenigen, der Ansprüche gegen die Landesbank erhebt.

Art. 10

cc) Zwangsvollstreckung in Grundeigentum

Wird die Zwangsvollstreckung in ein von der Landesbank belehntes Grundstück betrieben, so ersetzt ein von der Landesbank ausgefertigter Antrag auf Zwangsvollstreckung den vollstreckbaren Schuldtitel. Der

Antrag soll das Grundstück, den Eigentümer und den Anspruch bezeichnen.

Art. 11

dd) Wertverminderung

Bei Wertverminderung des bestellten Grundpfandes finden Art. 280 ff des Sachenrechtes vom 31. Dezember 1922, LGBI. 1923 Nr. 4, Anwendung.

Art. 12

e) Auskunftspflicht der Gemeindevorstellungen

1) Die Gemeindevorstellungen sind verpflichtet, der Landesbank jede von ihr geforderte Auskunft über die persönlichen und vermögensrechtlichen Verhältnisse eines Darlehensuchenden, über die Beschaffung der zum Unterpand angebotenen Grundstücke und Gebäude, sowie über deren Verkäuflichkeit gebührenfrei zu erteilen.

2) Die gesetzlichen Bestimmungen über die Haftung der beedeten amtlichen Schätzer bleiben in Geltung.

3) Die Landesbank ist befugt, in den Gemeinden Vertrauensmänner einzusetzen.

II. Betriebsmittel und Geschäftskreis

Art. 13

I. Allgemeines

1) Die Landesbank betreibt alle Geschäfte, welche in den Art. 14 bis 18 dieses Gesetzes umschrieben sind. Sie wird unter wohlwollender Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Landwirtschaft, des Gewerbes und der allgemeinen Wohlfahrt überhaupt für die einzelnen Geschäftszweige Geschäftsbedingungen aufstellen und öffentlich bekannt geben.

2) Wenn auf dem Geldmarkt eine Anspannung herrscht, haben kleinere Darlehens- und Kreditgesuche vor den grösseren den Vorzug.

3) Die Landesbank ist nicht verpflichtet, die Ablehnung der ihr vorgeschlagenen Geschäftsabschlüsse, insbesondere die Ablehnung von Darlehens- und Kreditgesuchen zu begründen. Dasselbe gilt für die Herabsetzung oder Kündigung von Darlehen und Krediten.

II. Geschäfte zur Beschaffung von Betriebsmitteln

Art. 14

1. Ordentliche Mittelbeschaffung

Die Landesbank beschafft sich die Betriebsmittel durch:

- a) das Dotationskapital;
- b) den Reservefond;
- c) Entgegennahme von Geldern in Kontokorrent mit freier oder beschränkter Verfügbarkeit;
- d) Annahme von Spareinlagen in Beträgen von mindestens 1 Franken gegen Ausgabe von Sparbüchern, welche kraft dieses Gesetzes Wertpapier-Charakter haben. Verzinsung und Rückzahlungsbestimmungen richten sich nach dem jeweils gültigen Reglement;
- e) Annahme von Geldern gegen Ausgabe von Depositenheften. Verzinsung und Kündigung erfolgen gemäss Vereinbarung;
- f) Ausgabe von Kassen- und Anlehens-Obligationen in Beträgen, welche durch tausend teilbar sind und auf den Inhaber oder auf den Namen des Eigentümers lauten. Die Obligationen sind auf feste Termine oder nach Kündigung auszahlbar;
- g) Ausgabe von Pfandbriefen nach den Vorschriften des Sachenrechtes.

Art. 15

2. Ausserordentliche Mittelbeschaffung

1) Reichen die der Landesbank nach Art. 14 zufließenden Gelder nicht aus, so ist sie befugt:

- a) Wechsel rediskontieren zu lassen;
- b) für die Befriedigung kurzfristiger Bedürfnisse sogenanntes tägliches Geld (Callgeld) aufzunehmen;
- c) bei der Schweizerischen Nationalbank oder andern Banken Lombardkredite in Anspruch zu nehmen.

2) Für den Abschluss solcher Geschäfte muss im Einzelfall die Zustimmung des Verwaltungsrates vorliegen.

III. Geschäfte zur Anlage der Betriebsmittel

Art. 16

1. Zugelassene Geschäfte

Die der Landesbank zur Verfügung stehenden Mittel werden angelegt durch:

- a) Gewährung von Darlehen gegen Grundpfand (Hypothekengeschäft), oder gegen Hinterlage von Grundpfandtiteln zu Faustpfand, oder Ankauf von Grundpfandtiteln zu dauernder Anlage oder zum Zwecke des Wiederverkaufes; sowohl für direkte Darlehensgewährung wie für Belehnung und Ankauf sind nur Grundpfandtitel zugelassen, welche auf im Lande gelegenen Grundstücken errichtet sind und auf Schweizerfranken-Währung oder eine andere wertbeständige Währung lauten;
- b) Gewährung von Krediten gegen Grundpfandsicherheit, Faustpfand oder Bürgschaft. Wo nötig können die Sicherheiten verbunden werden. Als Faustpfand dürfen nur auf Schweizerfranken oder auf andere wertbeständige Währung lautende Wertpapiere angenommen werden. Für die Belehnung von kotierten Aktien muss ein einstimmiger Beschluss des Verwaltungsrates vorliegen. Die Belehnung darf 50 % des Kurswertes nicht übersteigen.
- c) Diskontierung von Wechseln, deren Betrag auf Schweizerfranken-Währung lautet, mit einer Laufzeit von nicht mehr als drei Monaten und mit mindestens zwei Unterschriften von als zahlungsfähig bekannten Personen, deren eine im Inlande Vermögen hat. Der Einreicher muss im Lande wohnhaft sein;
Das Wechselobligo eines einzelnen Einreichers darf 10 000 Franken nicht übersteigen;
- d) Ankauf zu dauernder Anlage von festverzinslichen auf Schweizerfranken lautenden Wertpapieren. Es kommen in Frage Anleiheobligationen des Landes oder der liechtensteinischen Gemeinden, der Liechtensteinischen Kraftwerke, der Schweizerischen Eidgenossenschaft, schweizerischer Kantone und Städte, sowie Kassa-Obligationen von Schweizerbanken, deren Auswahl der Verwaltungsrat zu treffen hat;
- e) Ankauf von Gold und Goldmünzen für eigene Rechnung;

- f) Gewährung von Callgeld- oder Termingeld-Vorschüssen an erstklassige Schweizerbanken, die vom Verwaltungsrate bezeichnet werden. Unterhaltung von jederzeit verfügbaren Guthaben bei schweizerischen und andern ausländischen Korrespondenten;
- g) Belehnung von Buchforderungen.

Art. 17

2. Bankgeschäftliche Dienste

Neben den in den Art. 14 bis 16 bezeichneten Geschäften besorgt die Landesbank auch:

- a) das Inkasso von Checks und Wechseln, sowie den Einzug von Obligationen und Coupons;
- b) Überweisungen von Zahlungen im In- und Auslande, sowie Abgabe von Checks;
- c) den An- und Verkauf von Wertpapieren;
- d) die Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren und Wertgegenständen in offenen oder geschlossenen Depots, sowie die Vermietung von Schrankfächern. Im übrigen ist das einschlägige Reglement massgebend;
- e) den An- und Verkauf von Devisen, Edelmetallen in Barren und Münzen, sowie von fremden Noten und Münzen;
- f) die Übernahme von Kautionen;
- g) die Funktionen einer Ausgabe-, Auszahlung- und Coupons-Zahlstelle für Anleihen des Landes, der Liechtensteinischen Kraftwerke und der liechtensteinischen Gemeinden;
- h) Durchführung der Gründung und Übernahme der Repräsentanz inländischer Verbandspersonen;
- i) Übernahme von Vermögensverwaltungen.

Art. 18

3. Kredite ohne Faustpfand und Bürgschaft

Die Landesbank kann Darlehen und Kredite ohne Pfänder oder Bürgschaft bewilligen:

- a) an den Staat;

- b) an liechtensteinische Gemeinden vorbehältlich der Regierungsgenehmigung, sowie an öffentlich rechtliche Körperschaften bei ausreichendem Sicherheitsausweis gegen Schuldschein. Bei kurzfristigen Geschäften ist der Rückzahlungstermin festzulegen, bei langfristigen muss ein Tilgungsplan vorliegen;
- c) an landwirtschaftliche oder gewerbliche Selbsthilfegenossenschaften gegen Schuldschein, sofern in den Satzungen die solidarische Haftbarkeit sämtlicher Mitglieder bedungen ist. Trifft diese Voraussetzung nicht zu, so ist Bürgschaft zu leisten (Art. 19).

4. Grundsätze der Kreditgewährung

Art. 19

a) In andern als Hypothekargeschäften

1) Andere als die in Art. 16 und Art. 18 genannten Darlehen und Kredite jeder Art, mit Ausnahme der Diskontierung von Wechseln und der Guthaben bei anderen Kreditinstituten, werden nur gegen genügende Faustpfandsicherheit, Bürgschaft oder Fahrnisverschreibung gewährt. Eine Verbindung der Sicherheiten ist zulässig.

2) Jede Bürgschaft ist von mindestens zwei als zahlungsfähig bekannten Personen oder Firmen zu leisten. Gegen Bürgschaft dürfen Darlehen und Kredite nur in Beträgen bis zu 6 000 Franken und nicht für länger als die Dauer eines Jahres gewährt werden. Bei pünktlicher Verzinsung ist nach Ablauf eines Jahres Verlängerung zulässig. Von jeder Verlängerung und von der gänzlichen Abtragung eines Bürgschaftsdarlehens sind die Bürgen schriftlich auf Kosten des Schuldners zu verständigen.

3) Mitglieder der Regierung, des Verwaltungs- oder Aufsichtsrates, sowie die Beamten und Angestellten der Landesbank werden als Bürgen nicht zugelassen. Desgleichen werden die Gemeindevorsteher als Bürgen für Schuldner aus ihrer Gemeinde nicht angenommen. Bürgschaften, die jemand bei der Wahl in eines dieser Ämter bereits übernommen hatte, bleiben, bis eine allfällige Ersatzbürgschaft geleistet ist, wirksam.

Art. 20

b) Im Hypothekargeschäft

1) Die Belehnung landwirtschaftlicher Grundstücke sowie von Wohnhäusern darf nicht mehr als 2/3 des Verkehrswertes betragen. Industriebauten dürfen mit höchstens 50 % des Verkehrswertes belehnt

werden. Maschinelle Anlagen müssen als Zubehör mitverpfändet werden.

2) Die Landesbank setzt für alle von ihr gewährten Hypothekendarlehen regelmässige Amortisationen fest oder unterstellt sie dem Annuitäten-System.

3) Durch Grundpfand gesicherte Forderungen dürfen von der Landesbank nur aus zwingenden Gründen gekündigt werden, wie beispielsweise wegen Säumnis in der Verzinsung oder Gefährdung der Pfandsicherheit.

Art. 21

5. Vorschriften bezgl. Währung

1) Für die Landesbank gilt als Währungseinheit der Schweizerfranken. Alle Geschäfte sind in dieser Währung abzuschliessen und auch die Sicherheiten müssen in dieser Währung gestellt werden. Ausnahmen bedürfen eines einstimmigen Beschlusses des Verwaltungsrates.

2) Für Fremdwährungskonten muss eine Delkredere-Erklärung der Partei vorliegen.

III. Aufsicht und Verwaltung

Art. 22

I. Aufsicht- und Verwaltungsorgane

Die Landesbank wird unter Mitwirkung und Aufsicht des Landtages und der Regierung durch eigene Organe verwaltet und beaufsichtigt. Die Organe der Landesbank sind:

- a) der Verwaltungsrat;
- b) die Direktion;
- c) der Aufsichtsrat.

II. Mitwirkende Landesorgane

Art. 23

1. Der Landtag

Die Mitwirkung des Landtages bei der Verwaltung und Beaufsichtigung der Landesbank vollzieht sich durch:

- a) Beschlussfassung über die Höhe und die Verzinsung des Dotationskapitals;
- b) Wahl des Verwaltungsrates und seines Präsidenten;
- c) Wahl eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat;
- d) Genehmigung der Jahresrechnung;
- e) Schlichtung von Konflikten gemäss Art. 37 Bst. b.

Art. 24

2. Die Regierung

1) Die Mitwirkung der Regierung bei der Verwaltung und Beaufsichtigung der Landesbank vollzieht sich durch:

- a) Wahl eines Mitgliedes des Aufsichtsrates;
- b) Bestätigung der vom Verwaltungsrat zu treffenden Wahl der Landesbank-Direktion;
- c) Genehmigung der Geschäftsordnung sowie allfälliger Spezialreglemente für einzelne Geschäftszweige (Art. 26 Bst. d);
- d) Berichterstattung an den Landtag über den Jahresbericht und die Jahresrechnung der Landesbank.

2) Der Regierung steht ein umfassendes Kontrollrecht über die gesamte Geschäftsabwicklung der Landesbank zu. Zur Ausübung dieses Rechtes kann sich die Regierung der Dienste einer Revisionsgesellschaft bedienen.

III. Die eigenen Verwaltungsorgane

1. Verwaltungsrat

Art. 25

a) Wahl und Zusammensetzung

1) Der Verwaltungsrat besteht aus sieben Mitgliedern, welche vom Landtag für die Dauer von vier Jahren gewählt werden. Gleichzeitig wählt der Landtag zwei Ersatzmänner.

2) Jede der beiden Landschaften Vaduz und Schellenberg soll im Verwaltungsrat durch mindestens zwei Mitglieder vertreten sein und jeder der beiden ist ein Ersatzmann zu entnehmen. Im übrigen ist bei der Bestellung des Verwaltungsrates auf eine angemessene Berücksichtigung der wichtigsten volkswirtschaftlichen Zweige zu halten.

3) Nach erfolgter Wahl der Mitglieder wird eines derselben vom Landtag zum Präsidenten des Verwaltungsrates gewählt.

Art. 26

b) Aufgaben

1) Dem Verwaltungsrat liegt ob:

- a) die Bestellung und Abberufung des Direktors, sowie aller anderen Beamten und Angestellten der Landesbank;
- b) die Festsetzung der Besoldung der Beamten und Angestellten. Der Verwaltungsrat bezeichnet die Personen, welche Kautionen zu stellen haben und setzt die Höhe der Letzteren fest;
- c) die Erteilung und der Entzug der rechtsverbindlichen Unterschrift für die Landesbank, wobei die Kollektivzeichnung Voraussetzung ist;
- d) die Erlassung einer Geschäftsordnung sowie allfälliger Spezialreglemente für einzelne Geschäftszweige;
- e) die Genehmigung aller Kredit- und Darlehensgeschäfte und aller anderen bankmässigen Operationen, durch welche Mittel der Landesbank gebunden oder beansprucht werden;
- f) die Beschlussfassung über die Richtlinien der Zinspolitik der Landesbank sowohl im Aktiv- wie im Passivgeschäft;
- g) die Genehmigung aller Geschäfte zu ausserordentlicher Mittelbeschaffung;

h) die Abfassung des Jahresberichtes, die Aufstellung der Jahresbilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung zu Händen der Regierung.

2) Auf Ende jedes Vierteljahres ist dem Verwaltungsrat ein Bericht über den Geschäftsgang der Landesbank vorzulegen, den er der Regierung zu übermitteln hat. Er kann sich jederzeit Bericht über einzeln Geschäfte oder den ganzen Geschäftsgang geben lassen und Einsicht in die Bücher nehmen.

Art. 27

c) Organisation und Beschlussfassung

1) Der Verwaltungsrat konstituiert sich unter Vorbehalt von Art. 25 Abs. 3 selbst, wählt aus seiner Mitte den Vizepräsidenten und den Sekretär und allenfalls einen Protokollführer, der nicht Mitglied des Verwaltungsrates sein muss.

2) Der Verwaltungsrat versammelt sich so oft es die ordnungsmässige Abwicklung der Geschäfte erfordert, wenigstens aber einmal pro Monat. Sitzungen sind durch den Präsidenten nach Bedarf einzuberufen, oder wenn zwei Mitglieder des Verwaltungsrates, die Direktion oder ein Mitglied des Aufsichtsrates es verlangen.

3) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn an den Sitzungen wenigstens vier Mitglieder oder Ersatzmänner anwesend sind. Liegt ein Geschäft vor, welches die Landesbank mit mehr als hunderttausend Franken verpflichtet, so ist die Anwesenheit von fünf Mitgliedern bzw. Ersatzmännern erforderlich. Es entscheidet die absolute Mehrheit der Stimmen, vorbehalten jene Fälle, in denen das Gesetz Stimmeneinhelligkeit vorsieht. Der Präsident stimmt mit; bei Stimmengleichheit zählt seine Stimme doppelt.

4) Über die Verhandlungen des Verwaltungsrates ist ein Protokoll zu führen, welches an der nächstfolgenden Sitzung zu verlesen und durch den Präsidenten und den Sekretär zu unterzeichnen ist.

5) Der Präsident des Verwaltungsrates, sein Stellvertreter und der Sekretär führen Kollektivunterschrift entweder unter sich selbst oder in Verbindung mit einem andern Zeichnungsberechtigten der Landesbank.

Art. 28

2. Die Direktion

1) Der Direktor ist der oberste Beamte der Landesbank. Im obliegt die eigentliche verantwortliche Geschäftsführung. Seine Pflichten und Befugnisse richten sich nach dem vorliegenden Gesetz, der Geschäfts-Ordnung, den Spezialreglementen und dem Dienstvertrag.

2) Der Direktor legt dem Verwaltungsrat die von diesem zu behandelnden Geschäfte vor und stellt Antrag. Ihm obliegt ferner die Pflicht zur regelmässigen Berichterstattung über den Geschäftsgang und besondere Vorkommnisse.

3) Der Verwaltungsrat kann nach Bedarf einen Vize-Direktor bestellen und dessen Befugnisse umschreiben.

3. Der Aufsichtsrat

Art. 29

a) Bestellung, Beziehung von Sachverständigen

1) Der Aufsichtsrat besteht aus drei Mitgliedern, von welchen je eines vom Landesfürsten, vom Landtag und von der Regierung ernannt wird. Die Amtsdauer beträgt 4 Jahre.

2) Der Aufsichtsrat konstituiert sich selbst und bezeichnet den Präsidenten sowie den Protokollführer.

3) Die Regierung ist gemäss Art. 24 befugt und auf Weisung des Landtages verpflichtet, die Bilanz und die Tätigkeit der Anstalt jederzeit von Revisions-Sachverständigen nachprüfen zu lassen. Ein solcher Beschluss ist dem Verwaltungsrat jeweils zur Kenntnis zu bringen.

Art. 30

b) Aufgaben

1) Dem Aufsichtsrat obliegt in erster Linie die Pflicht der laufenden Kontrolle des gesamten Rechnungswesens der Landesbank. Seine Erhebungen haben sich sowohl auf die formell und zahlenmässig richtige Führung der Bücher zu erstrecken, als auch auf die Vollständigkeit und Ordnungsmässigkeit aller im Besitz oder in der Verwaltung der Anstalt befindlichen Vermögenswerte.

2) Die Prüfung ist auszudehnen und auf die Bonität der gebotenen Sicherheiten. Ferner hat der Aufsichtsrat über die Einhaltung der gesetzlichen und reglementarischen Vorschriften zu wachen. Die Direktion und die Beamten sind gehalten, dem Aufsichtsrat jeden Aufschluss und Nachweis zu beschaffen, die zur sorgfältigen Erfüllung der Aufgabe nötig sind.

3) Über jede Revision ist der Regierung und dem Präsidenten des Verwaltungsrates ein schriftlicher Bericht zu erstatten. Dieser Bericht ist dem Verwaltungsrat ehestens zur Beratung vorzulegen. In wichtigen Fällen kann der Aufsichtsrat oder ein Mitglied desselben gemäss Art. 27 sofort eine Verwaltungsrats-Sitzung einberufen lassen. Über die Behandlung der Revisionsberichte ist der Regierung in Protokollform Bericht zu erstatten.

4) Der Aufsichtsrat prüft die vom Verwaltungsrat aufgestellte Jahresbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sowie den Geschäftsbericht und erstattet über das Ergebnis dieser Prüfung Bericht an die Regierung zu Händen des Landtages.

4. *Gemeinsame Bestimmungen*

Art. 31

a) *Verantwortung*

Die Mitglieder des Verwaltungsrates und des Aufsichtsrates sowie der Direktion haben ihre Pflichten mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes zu erfüllen. Sie sind für die strikte Beobachtung dieses Gesetzes, der Geschäftsordnung und der Spezialreglemente verantwortlich.

Art. 32

b) *Verschwiegenheit*

1) Es ist allen Organen der Landesbank, sämtlichen Beamten und Angestellten sowie den in den Gemeinden bestellten Vertrauensmännern strengste Verschwiegenheit über die geschäftlichen Beziehungen der Landesbank zu ihrer Kundschaft sowie über deren Erwerbs- und Vermögensverhältnisse zur Pflicht gemacht. Diese Verpflichtung gilt auch nach dem Austritt aus den Diensten der Landesbank.

2) Der Präsident des Verwaltungsrates hat nach angenommener Wahl dem Landtagspräsidenten, alle anderen nach Abs. 1 zur Verschwiegen-

heit verpflichteten Personen haben dem Präsidenten des Verwaltungsrates das Gelöbnis der Verschwiegenheit abzulegen.

3) Wer das Gelöbnis bricht, verfällt einer Disziplinarstrafe. Gegen die vom Landtag oder von der Regierung eingesetzten Organe der Landesbank wird die Disziplinarstrafe durch die Verwaltungsbeschwerdeinstanz, gegen andere Fehlbare durch den Verwaltungsrat verhängt. Disziplinarstrafen sind: Verweis, Geldbusse, Gehaltskürzung, Abberufung, in schweren Fällen fristlose Entlassung. Erfolgte der Bruch des Gelöbnisses aus Gewinnsucht, so kann auf Antrag des Verwaltungsrates Strafverfolgung durch die ordentlichen Gerichte eintreten und Gefängnisstrafe bis zu 3 Monaten verhängt werden.

Art. 33

c) Unvereinbarkeit

1) Zu Mitgliedern des Verwaltungsrates und des Aufsichtsrates sind nicht wählbar die Mitglieder der Regierung, Beamte, die in der Regierungskanzlei, der Landeskassenverwaltung, der Steuerverwaltung und der Verwaltung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung in Verwendung stehen, ferner die Mitglieder der Landessteuerkommission und der Gemeindesteuerkommissionen, sowie des Verwaltungs- und Aufsichtsrates der Alters- und Hinterlassenen-Versicherung.

2) Die Mitglieder des Verwaltungsrates und des Aufsichtsrates dürfen nicht zugleich Inhaber, Verwaltungsratsmitglieder, Aufsichtsratsmitglieder oder Beamte eines andern inländischen Geldinstitutes sein. Der Direktor und Vizedirektor sowie die Beamten und Angestellten der Landesbank dürfen weder Mitglieder des Landtages, der Landes- oder einer Gemeindesteuerkommission, noch des Verwaltungsrates und Aufsichtsrates der Alters- und Hinterlassenenversicherung sein. Dem Direktor, Vizedirektor sowie den Beamten und Angestellten ist die Annahme einer Wahl in eine Gemeindebehörde nur mit Zustimmung des Verwaltungsrates gestattet und können diese auch nicht zur Annahme einer Wahl in eine Gemeindebehörde gezwungen werden.

3) Dem Verwaltungsrate dürfen nicht zu gleicher Zeit als Mitglieder oder Ersatzmänner angehören: Vater und Sohn, Grossvater und Enkel, Brüder, Onkel und Neffe, Grossonkel und Grossneffe, Geschwisterkinder, Schwiegervater und Schwiegersohn, Schwäger, sowie Ehemänner von Schwestern. Ein gleiches Verwandtschaftsverhältnis darf auch nicht bestehen:

- a) zwischen einem Mitgliede des Verwaltungsrates und einem Mitgliede des Aufsichtsrates;
- b) zwischen einem Mitgliede des Verwaltungsrates oder des Aufsichtsrates und dem Direktor und dem Vizedirektor;
- c) zwischen dem Direktor, dem Vizedirektor und einem anderen Beamten oder Angestellten der Landesbank.

Art. 34

d) Anstellungsverhältnisse

1) Sämtliche Beamte und Angestellte stehen zur Landesbank in einem Privatdienstverhältnis.

2) Dem Direktor, sowie allen übrigen Beamten und Angestellten sind verboten: Spekulationsgeschäfte in Wertpapieren oder Waren, die Vermittlung von Bank- und Börsengeschäften und die Beteiligung an einer offenen Handels- oder einer Kommanditgesellschaft.

3) Nebenbeschäftigungen bedürfen der Zustimmung des Verwaltungsrates, ebenso die Annahme eines öffentlichen Amtes oder die Übernahme von Repräsentanzen und Verwaltungsratsmandaten und dergleichen.

Art. 35

e) Geschäftsordnung

Die nach Art. 26 Bst. d zu erlassende Geschäftsordnung hat die Rechte und Pflichten des Verwaltungsrates, der Direktion, der Beamten und Angestellten zu umschreiben, die innere Geschäftsorganisation zu regeln und über die Handhabung der einzelnen Geschäftszweige Vorschriften aufzustellen.

Art. 36

f) Taggelder und Reiseentschädigungen

1) Die Mitglieder des Verwaltungs- und Aufsichtsrates beziehen die gleichen Taggelder und Reiseentschädigungen wie die Mitglieder des Landtages. Der Präsident des Verwaltungsrates und der Sekretär erhalten für ihre Tätigkeit überdies eine angemessene feste Entschädigung, die vom Verwaltungsrat festgesetzt wird.

2) Direktor und Beamte haben bei Reisen und Dienstleistungen ausserhalb des Dienstortes Anspruch auf Ersatz der erforderlichen Barauslagen.

Art. 37

g) Konflikte

Ergeben sich in Fällen, in welchen Beschlüsse des Verwaltungsrates durch die Regierung zu genehmigen sind, Meinungsverschiedenheiten, die in einer gemeinsamen Sitzung des Verwaltungsrates mit der Regierung nicht geschlichtet werden können, so entscheidet:

- a) sofern es sich um Fragen der Gesetzesauslegung handelt: der Staatsgerichtshof und
- b) in allen anderen Fällen: der Landtag.

IV. Rechnungsabschluss und Reservefonds

Art. 38

I. Rechnungsabschluss und Bericht

1) Die Bücher der Landesbank werden mit dem Kalenderjahr abgeschlossen.

2) Die Jahresbilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind mit einem Geschäftsbericht spätestens bis zum 15. April der Regierung zu übermitteln. Sie werden von ihr mit dem Bericht des Aufsichtsrates und einem eigenen Bericht dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt.

Art. 39

II. Verzinsung des Dotationskapitals

Von dem durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Reingewinn ist vorweg das Dotationskapital zu verzinsen.

Art. 40

III. Gewinnverteilung

1) Von dem nach Verzinsung des Dotationskapitals verbleibenden Reingewinn ist ein Reservefonds zu äufnen.

2) Solange der Reservefonds nicht wenigstens 20 % des Dotationskapitals erreicht, ist der gesamte nach Verzinsung des Dotationskapitals verbleibende Reingewinn dem Reservefonds zuzuweisen. Nach erfolgreichem Anwachsen des Reservefonds auf 20% des Dotationskapitals wird der Gewinn wie folgt verteilt:

60 % an den Reservefonds,

40 % an die Landeskasse.

Hat der Reservefonds die Höhe von 50 % des Dotationskapitals erreicht, so wird nur noch die Hälfte des Reingewinnes dem Reservefonds zugeschrieben, die andere Hälfte fällt der Landeskasse zu.

3) Die Ausrichtung von Tantiemen aus dem Reingewinn der Landesbank ist ausgeschlossen.

Art. 41

Aufhebung von Gesetzen

Durch dieses Gesetz werden aufgehoben:

1. das Gesetz vom 12. Juni 1929 betr. die Sparkasse für das Fürstentum Liechtenstein, LGBL. 1929 Nr. 10;
2. das Gesetz vom 9. März 1935 betr. die Verteilung des Reingewinnes bei der Sparkasse etc., LGBL. 1935 Nr. 5;
3. das Gesetz vom 8. März 1939, LGBL. 1939 Nr. 6;
4. das Gesetz vom 30. Dezember 1939, LGBL. 1939 Nr. 18;
5. das Gesetz vom 1. März 1944, LGBL. 1944 Nr. 7, und
6. das Gesetz vom 23. Juli 1946, LGBL. 1946 Nr. 21.

Art. 42

Vollziehung und Inkrafttreten

- 1) Dieses Gesetz wird als nicht dringlich erklärt und tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft.
- 2) Mit der Vollziehung dieses Gesetzes ist die Regierung beauftragt.

Vaduz, den 2. Juni 1955

gez. Franz Josef

gez. Alexander Frick
Fürstlicher Regierungschef